

Indonesien im Vorwahljahr – ein Stimmungsbild

Es bedurfte nicht des jüngsten Terroranschlags auf das Marriott-Hotel in Jakarta, um der Welt zu beweisen, dass Indonesien heute kaum mehr jenes geradezu „langweilig stabile Land“ ist, als das es der angesehene *Economist* seinen Lesern kürzlich noch unter Bezug auf die über dreißigjährige, 1998 zu Ende gegangene autoritäre Herrschaft Soehartos in Erinnerung rief. Wenn das Land in diesen Monaten in die Schlagzeilen kommt, dann wegen der falschen Dinge: Terror, religiöser Fanatismus, Separatismus, gewalttätige innergesellschaftliche Konflikte aller Art und eine ausufernde Korruption. Der Inselarchipel, einst inoffizielle Führungsmacht des regionalen Staatenverbandes ASEAN, droht mittlerweile zum „kranken Mann Südostasiens“ zu werden. Die Nation mit der viertgrößten Bevölkerung weltweit ist mit einer Vielzahl politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme konfrontiert, zu deren Lösung die Politiker und Parteien kaum etwas Sinnvolles

Die Liste der Krisenindikatoren Indonesiens zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist lang, vielfältig, enthält seit vielen Jahren bekannte Schwierigkeiten und betrifft vor allem zahlreiche Probleme des gesellschaftlichen Lebens, die andernorts in der Region unter vergleichbaren Ausgangsbedingungen durch effiziente Maßnahmen einer langfristig konzipierten, konsequent implementierten Bildungs-, Infrastruktur- und Sozialpolitik bereits erfolgreich gelöst werden konnten. Hier ein Auszug aus Sachgebieten abseits der aktuellen politischen Entwicklungen:¹⁾

- Im *Human Development Index* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) rangiert Indonesien auf Platz 112 von insgesamt 175 Nationen. Obwohl das Land laut UNDP damit Fortschritte bei der Grundbedürfnisbefriedigung gemacht hat, liegt es mit dieser Platzierung noch immer hinter allen anderen südostasiatischen Ländern.
- Indonesien verzeichnet die höchste Müttersterblichkeitsrate in ganz Asien.
- Die Ergebnisse des Program for International Student Assessment (PISA) der Kulturorganisation der Vereinten Nationen (UNESCO) weisen aus, dass indonesische Schüler sowohl in Bezug auf Lese-, mathematische und naturwissenschaftliche Befähigungen jeweils auf den letzten drei Rängen aller weltweit untersuchten Nationen zu finden sind. Schon 2001 bekannte der damalige Bildungsminister als Reaktion auf die

Resultate einer entsprechenden anderen internationalen Untersuchung, Indonesien habe das schlechteste Bildungssystem Asiens.

- Zwischen 1996 und 2002 verringerte sich die jährliche Zuwachsrate des wirtschaftlichen Wachstums um mehr als die Hälfte, die ausländischen Direktinvestitionen gingen um 53 Prozent und das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen um 38 Prozent zurück.
- Hinsichtlich seiner politischen und wirtschaftlichen Stabilität wird Indonesien in internationalen Rankings zur Jahresmitte 2003 noch schwächer eingestuft als solche krisengeschüttelten Länder wie Argentinien und Venezuela.

Es mag mit der Politikern zugeschriebenen selektiven Wahrnehmung der Realität zu tun haben, dass Präsidentin Megawati demgegenüber in ihrem jährlichen Rechenschaftsbericht an die Beratende Volksversammlung (MPR, das oberste Legislativorgan der Republik Indonesien) im August 2003 eine nach ihren Worten insgesamt erfolgreiche Bilanz ihrer bisherigen Amtszeit vorlegte. Ob sie dies im Bewusstsein ihrer fallenden, zum Teil noch unterhalb der Beliebtheit einzelner ihrer Kabinettsmitglieder liegenden Popularität tat, ist unbekannt. Zur politischen Realität gehört jedoch, dass ihre Regierung in wichtigen Fragen bzw. Politikbereichen nichts vorzuweisen hat: das latente, nach wie vor auf die lange Bank geschobene Problem der Korruption auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung und der Gesellschaft ist ein Musterbeispiel dafür, aber auch das offensichtliche Nichtwahrhabenwollen, dass das von einer erheblichen Zerstörung der natürlichen Ressourcen gekennzeichnete Land dringend einer zeitgemäßen Umweltpolitik bedürfte. Wären diese Punkte in einem Vorwahlkampf in der westlichen Welt Gegenstand der politischen Auseinandersetzung, so ist ein inhaltlich geprägter Wahlkampf in Indonesien derzeit eher unwahrscheinlich. Zum einen ist die indonesische politische Kultur noch zu sehr personalistisch und patriarchalisch geprägt. Zum anderen fehlen im Land noch immer die Möglichkeiten grundlegender politischer Bildung. Dies können weder das staatliche Bildungssystem noch die dafür unangemessen ausgestattete und schlecht organisierte Zivilgesellschaft leisten. Hingegen werden vordergründige

beitragen. Währenddessen fühlt sich die Masse der in Armut lebenden Indonesier von der gesellschaftlichen Elite des Volkes in nachgerade schamloser Weise betrogen und ausgebeutet, und es sind besonders junge Menschen, deren Vertrauen in die Institutionen des demokratischen Systems fünf Jahre nach dem Beginn der *Reformasi* zu schwinden beginnt: „nicht mehr Reform, sondern nur noch Revolution“ lautet die Losung in diesen Kreisen. Können die 2004 stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen diese düstere Perspektive etwas aufhellen? Ja, aber dazu bräuchte Indonesien fast eine Lichtgestalt an der Spitze der Nation. Megawati Soekarnoputri, seit zwei Jahren und wahrscheinlich auch nach 2004 Präsidentin, ist alles andere als das. Die Tochter des Staatsgründers Soekarno, bei ihrem Amtsantritt 2001 noch überall als Hoffnungsträgerin gesehen, gilt vielen heute eher als ein Handicap für wirkliche Demokratie und wirtschaftlichen Aufschwung.

1) Quellen: *Jakarta Post* (verschiedene Ausgaben zwischen Juni und Juli 2003); *The Economist*, 17. Mai und 12. Juli 2003; *Time*, 7. Juli 2003.

Appelle an den nationalen Geist der Indonesier und die Betonung der charakterlichen Eignung der Kandidaten im Zentrum der Werbung um die Wähler stehen.

■ **Wahl 2004: rechtliche und politische Rahmenbedingungen**

Mehr Abgeordnete, weniger Demokratie

Am 5. April 2004 werden die zweiten freien Wahlen in Indonesien seit dem Ende der Soeharto-Diktatur stattfinden. Von den 213 Millionen Staatsangehörigen werden nach Angaben der Nationalen Wahlkommission (KPU) mindestens 142 Millionen wahlberechtigt sein,²⁾ ein Anstieg um mehr als 20 Prozent gegenüber der Zahl der Wahlberechtigten 1999. Neben den Mitgliedern des indonesischen Repräsentantenhauses (DPR-RI) werden rund 15300 Mandatsträger für die Parlamente der 30 Provinzen sowie der über 400 Kreis- und Städteparlamente gewählt. Nach der Parlamentswahl im April steht die Neuwahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten an, die voraussichtlich im August 2004 stattfinden wird. Die rechtlichen Grundlagen für diese Urnengänge hatte das Repräsentantenhaus während der vergangenen Monate durch die Beratung und Verabschiedung der Gesetze über

- die politischen Parteien,
- die Zusammensetzung und Struktur von MPR, DPR und der Regionalparlamente (DPR-D),
- die Zusammensetzung des durch die vierte Verfassungsänderung von 2002 neu geschaffenen Regionalrats (DPD) und
- die Wahl des Präsidenten

geschaffen. Deutlich erhöht haben sich dadurch die Anforderungen für die Teilnahme von politischen Parteien an den Parlamentswahlen. Sie müssen dazu die Existenz von Parteibüros in drei Viertel aller Provinzen sowie in 75 Prozent aller Distrikte jener Provinzen nachweisen. Bereits im DPR-RI vertretene Parteien können 2004 nur dann wieder antreten, wenn sie 1999 die bestehende Zwei-Prozent-Sperrklausel überschritten hatten. Dessen ungeachtet erscheint es nicht ausgeschlossen, dass die Zahl der beim Justizministerium zum gesetzlich vorgeschriebenen Zulassungsverfahren angemeldeten Parteien am Ende der offiziellen Meldefrist im Spätsommer 2003 deutlich über 200 liegen könnte.

2) Wahlberechtigt sind Indonesier ab dem vollendeten 17. Lebensjahr, bei vorheriger Verheiratung auch früher. Die Zahl der Wahlberechtigten umfasst nach Angaben der KPU noch nicht Teile der Bevölkerung in den Provinzen Aceh, Papua und auf den Molukken, die wegen der dortigen gewaltsamen Konflikte noch nicht registriert werden konnten.

Das neue DPR-RI wird 550 statt bisher 500 Mitglieder haben. Die Wahlbezirke für das Repräsentantenhaus orientieren sich an den Einwohnerzahlen einer Provinz, aber nicht immer an den Provinzgrenzen, so dass ein Wahlbezirk durchaus nur bestimmte Distrikte einer Provinz umfassen kann. Für die Zuteilung der Parlamentssitze pro Provinz wurde ein Zahlenschlüssel entwickelt, wonach in den besonders bevölkerungsreichen Provinzen wie z.B. auf Java ein Abgeordneter auf 425 000 Einwohner kommt, während das Verhältnis bei den weniger dicht besiedelten Außenprovinzen vor allem außerhalb Javas 1 : 325 000 lautet. Dabei soll keine Provinz von ihrer Mandatszahl her schlechter gestellt werden als 1999, weshalb die minimale Sitzzahl pro Provinz drei Mandate sind – selbst dann, wenn sie inzwischen territorial verändert worden sein sollte. Diese politische Stimmengewichtung zwischen Java und den dünner besiedelten Außeninseln berücksichtigt, dass 1999 Java, wo seinerzeit 58 Prozent der Bevölkerung lebten, nur 51 Prozent der Sitze erhielt; 2004 werden es 53 Prozent sein. Dies begünstigt eindeutig die Parteien Megawatis (PDI-P) sowie des ehemaligen Präsidenten Wahid (PKB), die ihre Hochburgen auf Java haben, während die ehemalige Soeharto-Partei Golkar mit ihren Machtzentren auf den Außeninseln dadurch ins Hintertreffen geraten kann.

Die Wähler werden, abweichend von dem 1999 angewandten Verfahren, diesmal die Möglichkeit haben, nicht nur für eine Partei, sondern alternativ für eine Partei *und* einen der Kandidaten auf ihrer Liste zu stimmen; wer nur eine Parteistimme abgibt, überlässt es also, wie 1999, der jeweiligen Parteiführung festzulegen, wer für die Partei ins DPR-RI einzieht.³⁾ Insbesondere wenn die Zahl der durch die Parteiführungen bestimmten Mitglieder höher ist als diejenige der durch direkte Wählerstimme ins Parlament entsandten Abgeordneten, stellt sich erneut die Frage nach der demokratischen Substanz dieses Verfahrens.

Erstaunlicherweise enthält das Wahlgesetz eine Bestimmung, wonach 30 Prozent der Kandidaten einer Partei Frauen sein sollen. Dies ist jedoch nicht zwingend vorgeschrieben, sondern der entsprechende Artikel ist eher als Aufforderung zu verstehen. Wie noch zu zeigen sein wird, müssen unter den Bedingungen

3) Bei den Beratungen zum Wahlgesetz waren es vor allem die beiden großen Parteien der Präsidentin, PDI-P sowie die zweitstärkste Fraktion der ehemaligen Staatspartei Soehartos, Golkar, die sich gegen ein vollkommen offenes Wahlsystem aussprachen, d.h. unter Einschluss der Möglichkeit des Stimmensplittings zwischen Kandidaten- und Parteistimme. Dies geschah offensichtlich im Interesse der Erhaltung eines wichtigen Disziplinierungsinstrumentes der Parteiführungen, denen somit letztlich allein vorbehalten bleibt, wer ins Parlament einzieht. Wahlkreisabgeordnete mit einer engeren Bindung an ihre Klientel – und einer deutlich höheren demokratischen Legitimation – werden auf diese Weise ebenso verhindert wie eine Vertretung von berechtigten Bürgerinteressen im Parlament, da der Abgeordnete den Wähler nicht zwingend braucht, um seine Position zu erhalten und der Bürger umgekehrt kaum eine Chance zur „Abstrafung“ eines ineffektiven Abgeordneten durch Nichtwiederwahl hat. Nicht umsonst hat das Repräsentantenhaus schon 1999 die Einsetzung eines Petitionsausschusses nicht für erforderlich gehalten und bis heute kein geregeltes Verfahren für den Umgang mit Bürgereingaben entwickelt.

- 4) Es erscheint fast unglaublich, dass ausgerechnet die von einer Frau, Präsidentin Megawati, geführte PDI-P sich bis zuletzt sogar gegen diese unverbindliche Empfehlung im Gesetz gesträubt hatte. Erst eine Boykottandrohung der weiblichen PDI-P-Abgeordneten brachte die Präsidentin zum Einlenken.
- 5) Dennoch ist vor allem in den urbanen Zentren das Interesse an Kandidaturen groß. So ließen sich bis Mitte Juli allein in Jakarta über 570 Personen als Bewerber für die vier der Hauptstadt zustehenden Sitze im DPD registrieren; vgl. *Jakarta Post*, 22. Juli 2003.

der indonesischen Politik Parteien, die diese Quote nicht erfüllen, nicht notwendig Nachteile erleiden.⁴⁾

Politischen Zündstoff birgt das Gesetz über die Zusammensetzung und Struktur von MPR, DPR-RI und der Regionalparlamente in sich. Es ermöglicht die Abberufung von gewählten Abgeordneten, ohne dass diese selbst den Mandatsverzicht erklären. Die Befugnis hierzu wird vom Gesetz den Parteiführungen übertragen und stattet diese – zusätzlich zu ihrem Auswahlrecht bei der Besetzung gewonnener Mandate – mit einem zweiten, höchst effektiven Disziplinierungsinstrument gegenüber den Fraktionsmitgliedern aus. Bürgerrechtsorganisationen kritisierten bereits, dass es sich bei dieser Bestimmung um einen klaren Rückgriff auf die politischen Methoden der „Neuen Ordnung“ unter Soeharto handele, als Abberufungen eingesetzt wurden, um vornehmlich interne Kritiker mundtot zu machen. Es ist ein bedenkliches Zeichen für die Entwicklungsrichtung der *Reformasi*, dass Abberufungen noch durch das 1999 verabschiedete Vorgängergesetz der jetzigen Neuregelung verboten waren. Schon ist bekannt geworden, dass nahezu alle wichtigen Parteien in mehr oder weniger großem Ausmaß von dieser gesetzlichen Neuregelung Gebrauch machen werden. Offiziell wird dabei stets betont, Abberufungen würden nur gegen Abgeordnete ausgesprochen, die gegen die Parteisatzungen verstoßen hätten. Vor dem Hintergrund des jetzt beginnenden Vorwahlkampfes jedoch liegt es näher zu vermuten, dass unter solchem Zwang die Geschlossenheit der Parteien sichergestellt werden und die Bestrafung von Abweichlern rechtzeitig erfolgen soll.

Besondere Aufmerksamkeit wird dem im April 2004 erstmals direkt zu wählenden Regionalrat (*Dewan Perwakilan Daerah/DPD*) zuteil werden. Er wirkt auf den ersten Blick wie eine zweite Parlamentskammer, jedoch werden sich seine Mitspracherechte nach den bisherigen Vorstellungen zunächst auf Beteiligung bei Angelegenheiten der Regionen (was auch immer dies genau sein wird) beschränken. Für den DPD werden Einzelpersonlichkeiten kandidieren, nicht jedoch Parteien, wobei das Zulassungsverfahren nicht unkompliziert ist und praktisch ohne signifikante Aufklärung der Bevölkerung über ihre Partizipationsrechte abläuft.⁵⁾ Bewerber erscheinen mit Namen und Foto auf dem Wahlzettel, wobei je-

der Wähler eine Stimme zu vergeben hat. Jede Provinz wird unabhängig von ihrer Größe vier Sitze im DPD erhalten, wodurch diesmal die Außenprovinzen begünstigt werden und damit die dort besonders stark verwurzelte Golkar. Es ist daher nicht überraschend, dass sich Golkar auffallend engagiert für ein möglichst umfassendes Mandat des DPD eingesetzt hat, was de facto auf eine Stärkung dezentraler Elemente hinausläuft, während PDI-P dagegen Bedenken geltend machte. Aus derzeitiger Sicht sollten daher die künftige Rolle des DPD und die in ihn gesetzten Erwartungen zurückhaltend bewertet werden. Eine Aufgaben- und Bedeutungszunahme der Kammer erscheint gegenwärtig nur dann vorstellbar, wenn die Regionen sich im Verlauf des fortschreitenden Dezentralisierungsprozesses – etwa im Zeitrahmen eines Jahrzehnts – politisch stärker gegenüber der Zentralregierung durchsetzen können. Im Moment ist u.a. auch verfassungsrechtlich völlig unklar, welche Verfahren anzuwenden wären, wenn z.B. der DPD Einspruch gegen ein die Regionen betreffendes Gesetz einlegen und es an DPR-RI zurückverweisen würde, denn einen Vermittlungsausschuss wie etwa im Deutschen Bundestag gibt es im indonesischen Repräsentantenhaus nicht.

Das Präsidentenwahlgesetz: politisches Glanzstück oder Kuhhandel?

Die einen, die Abgeordneten, nennen es „eine unserer besten Leistungen“. Die anderen, die Verfassungsrechtler, halten es in weiten Teilen für verfassungswidrig. Unter den für die Durchführung der Wahlen 2004 erforderlichen juristischen Regelwerken ist das Gesetz zur Wahl des Präsidenten nicht nur besonders umstritten, es steht auch für nahezu alle Besonderheiten der politischen Kultur Indonesiens. Klar waren vor seiner Beratung nur die Vorgaben des Artikels 6A der indonesischen Verfassung. Demnach werden der Präsident und der Vizepräsident gemeinsam und direkt von der Bevölkerung gewählt (*single ticket*); zu Kandidatenvorschlägen berechtigt sind einzelne oder Koalitionen von politischen Parteien, die an allgemeinen Wahlen teilnehmen. Das siegreiche Kandidatenduo muss über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen sowie zusätzlich mindestens 20 Prozent der Stimmen in mehr als der Hälfte aller indonesischen Provinzen

auf sich vereinigen. Dies allein kann unter den Bedingungen des ethnisch-kulturell heterogenen Indonesien als äußerst schwierig gelten. Gelingt dies niemandem im ersten Wahlgang, gelangen die beiden Tickets mit den höchsten Stimmenanteilen aus dem ersten Wahlgang in eine Stichwahl. Besonders die Quoren für die Provinzen im ersten Wahlgang sind dabei schwer zu erfüllen, da es im heutigen Indonesien eine Volkspartei im traditionellen Sinn, die zwischen 40 und 50 Prozent der Wähler an sich binden könnte, nicht gibt. Die Bedingung des Kandidatenduos wirkt mithin dahingehend, Teams zu formieren, deren beide Kandidaten mit großer Wahrscheinlichkeit aus unterschiedlichen ideologischen Lagern kommen müssen, um ihre entsprechende Klientel, die zudem auch geographisch verstreut sein dürfte, in ausreichender Anzahl zu mobilisieren. Unter den Vorzeichen der gegenwärtigen politischen Landschaft Indonesiens bedeutet dies entweder ein Duo aus einem javanischen und einem nichtjavanischen Kandidaten, noch spezifischer die Kombination javanisch/säkular⁶⁾ – nichtjavanisch/religiös⁷⁾ bzw. javanisch/religiös – nichtjavanisch/säkular. Da Präsidentin Megawati bereits erklärt hat, sich um eine zweite, diesmal fünfjährige Amtszeit zu bewerben, liegt es nahe, dass sie erneut gemeinsam mit ihrem derzeitigen Vizepräsidenten, dem aus Kalimantan stammenden und der religiösen PPP vorsitzenden Hamzah Haz antreten wird, auch wenn sie eine diesbezügliche Entscheidung noch nicht getroffen hat. Da die politische Bedeutung des Islam seit 1998 tendenziell zugenommen hat, wäre es für die Präsidentin politisch klug, die entsprechende Wählerschaft einzubinden, wie es schon bei der Wahl des Vizepräsidenten 2001 geschah, als Megawatis PDI-P zugunsten des religiösen Kandidaten Haz stimmte und der Golkar-Vorsitzende Akbar Tandjung das Nachsehen hatte. Ein ideologisch rein säkulares Duo erschiene nach heutigem Ermessen ebenso unwahrscheinlich wie ein rein javanisches, das die Entfremdung der Außenprovinzen von Jakarta nur verstärken würde. Unbestritten ist, dass nur ein Javaner Chancen hat, ins Präsidentenamt gewählt zu werden – in den 58 Jahren der Geschichte des unabhängigen Indonesien stammte lediglich der Interimspräsident B. J. Habibie (1998 bis 1999) nicht aus Java.

6) Als „säkulare“ Parteien in Indonesien gelten hier die beiden zur Zeit größten politischen Kräfte PDI-P und Golkar mit auffallend nationalistischer Ausrichtung.

7) Unter „religiöse Parteien“ werden hier jene subsumiert, die in ihrer Zielsetzung und ihrem äußeren Auftreten eindeutige Bezüge zum Islam haben bzw. u.a. die Einführung der Scharia fordern, z.B. die PKB des Ex-Präsidenten Wahid, die PAN-Partei des Sprechers der Beratenden Volksversammlung Amien Rais sowie die PPP von Vizepräsident Hamzah Haz.

Die Festlegung der Ausführungsbestimmungen des Präsidentenwahlgesetzes erfolgte weitestgehend in den in Indonesien bei wichtigen politischen Fragen üblichen informellen Vorgesprächen außerhalb des Parlaments. Der Vorgang war durch eine bezeichnenderweise für alle beteiligten Parteien aufgrund spezieller Umstände schwierig gewordenen Ausgangslage gekennzeichnet. Standen zu Beginn des von einigen Medien auch als „Hinterzimmerdeal“ oder „Kuhhandel“ bezeichneten Prozesses immerhin noch einige formale, rechtliche und vor allem moralische Anforderungen an mögliche Kandidaten im Raum, waren sie am Ende des Verfahrens sämtlich ad acta gelegt. Begonnen hatte dies mit den Anforderungen an die Ausbildung eines Bewerbers: Vehement setzte sich Golkar dafür ein, dass Kandidaten mindestens den akademischen Grad eines Bachelor nachweisen müssten, wohlwissend, dass Präsidentin Megawati diese Bedingung nicht erfüllt. Deren PDI-P verlangte im Gegenzug, dass Personen, die strafrechtlich verfolgt werden, nicht wählbar sein dürften, wohlwissend, dass dann Golkar-Chef Akbar Tandjung aus dem Rennen gewesen wäre.⁸⁾ Das Kriterium physischer und psychischer Gesundheit wurde erwartungsgemäß von Abdurrahman Wahids PKB kritisiert: der ehemalige Staatschef „Gus Dur“ (1999-2001) ist bekanntermaßen fast völlig blind und nur eingeschränkt bewegungsfähig. PAN, die Partei des Sprechers der Beratenden Volksversammlung, Amien Rais, zeigte sich zunächst besorgt über die Idee, dass nur Parteien, die bei den zuerst stattfindenden Parlamentswahlen mindestens 20 Prozent der Stimmen erhielten, zum Kandidatenvorschlag berechtigt sein sollten, denn PAN war schon aus dem Urnengang von 1999 nur als Sieben-Prozent-Partei hervorgegangen.

Letztlich einigten sich die beteiligten Parteien im Wege des Interessenausgleichs exakt auf die für ihre speziellen Bedürfnisse maßgeschneiderten Bedingungen: weder körperliche noch strafrechtliche Kriterien stehen nunmehr einem Bewerber im Weg, ein Gymnasialabschluss reicht als Mindestausbildung aus, und als Ausnahmeregelung für die Präsidentschaftswahl 2004 gilt, dass Kandidaten von Parteien oder Parteienkoalitionen vorgeschlagen werden können, die entweder fünf Prozent der abgegebenen Stimmen oder drei Prozent der Sitze im Repräsentantenhaus

8) Dieser war bereits 2002 wegen Unterschlagung staatlicher Fonds zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden, die von der ersten Berufungsinstanz bestätigt wurde. Akbar erwartet jetzt den Spruch der letzten von ihm angerufenen Berufungsinstanz, des Obersten Gerichtshofs.

gewinnen. Dieses Ergebnis ist, wie nicht anders zu erwarten, insbesondere bei der Zivilgesellschaft auf Kritik und Enttäuschung gestoßen. Dort befürchtet man, dass erneut nur problematische Kandidaten antreten werden, ist sich aber auch darüber im Klaren, dass, wie es das Nachrichtenmagazin *Tempo* formulierte, die Parteien anstatt die strengen Auswahlkriterien aufrechtzuerhalten eher auf den Wahlgang verzichtet hätten. Es bleiben jedoch auch verfassungsrechtliche Bedenken bestehen, die der angesehene Hochschullehrer Harun Alrasyid zusammenfasste und die darin gipfeln, dass nicht das Repräsentantenhaus, sondern ausschließlich die Beratende Volksversammlung berechtigt gewesen wäre, zusätzliche, über die Verfassungsbestimmungen hinausgehende Auswahlkriterien für Präsidentenbewerber zu formulieren. Auch die Limitierung der vorschlagsberechtigten Parteien sieht er als verfassungsrechtlich problematisch an.⁹⁾ Die Klärung dieser Einwände wird jedoch bis nach der Einführung einwandfrei funktionierender rechtsstaatlicher Kontrollinstanzen warten müssen.

9) Vgl. *Tempo*, 11. August 2003, S. 26.

■ Die Situation in den wichtigsten politischen Lagern

PDI-P

Die Partei von Staatspräsidentin Megawati Soekarnoputri hat schon deutlich bessere Zeiten erlebt als in diesem Vorwahljahr. Unzweifelhaft ist die Popularität der Tochter Soekarnos in der Bevölkerung erheblich gesunken. Dies hat recht unterschiedliche Gründe.

Zum einen wird mit fortschreitender Amtszeit immer deutlicher, dass die Präsidentin ihre einstmalige hohe Zustimmung in erster Linie ihrer Herkunft und der Würdigung der Rolle ihrer Partei als Symbol der Unterdrückten während des Soeharto-Regimes verdankte und weit weniger ihrer Bereitschaft, signifikante politische Reformen voranzutreiben, wie auch aus ihrer bisherigen Bilanz ersichtlich wird. Die ihr unterstellten Reformziele dürften zu den enormen Fehlperceptionen Megawatis in der reformorientierten indonesischen Öffentlichkeit, aber auch in der westlichen Welt gehören. Der 56-jährigen gehen die rhetorische Begabung und die Fähigkeit zur Kom-

munikation mit der einfachen Bevölkerung, für die ihr legendärer Vater berühmt war, nicht nur völlig ab, sondern sie scheint auch nicht nachvollziehen zu können, weshalb gerade im Umgang mit den durchschnittlich nicht besonders gut ausgebildeten Indonesiern das personale Element in der Politik besonders wichtig ist. Aber auch die urbanen, gebildeteren sowie die Führungsschichten aus Wirtschaft und Gesellschaft haben die Vermittlung klarer politischer Botschaften durch diese Administration weitgehend vermisst. Gleichzeitig erkannten die politischen Gegner Megawatis, dass ihre grundlegende Schwäche in der Bewältigung des politischen Tagesmanagements liegt und versuchten, häufig erfolgreich, ihr auf diesem Gebiet das Leben zu erschweren, um ihre diesbezüglichen Defizite der Bevölkerung genüsslich vorzuführen. Die Neigung des Staatsoberhauptes, die Verantwortung für Fehlleistungen ihrer Administration, die durch unklare oder fehlende Vorgaben der politischen Führung verursacht worden waren, oft mit derben Worten auf die Bürokratie abzuschieben sowie ihre Sprunghaftigkeit bei der politischen Entscheidungsfindung wiesen sie nicht gerade als Führungspersönlichkeit von Format aus. Nicht selten erweckt sie daher den Eindruck, mit den politischen Anforderungen des Präsidentenamtes überfordert zu sein. Einer ihrer scharfzüngigsten Kritiker teilt diese Beobachtung und begründet sie damit, dass „sie keine Vorbereitung [auf das Amt] hatte außer, die Tochter des international bekannten Soekarno zu sein, woraus sie wahrscheinlich ihr Gefühl, einen Anspruch [auf das Amt] zu haben, kultiviert, ähnlich wie die Nachkommen berühmter Personen“.¹⁰⁾

Zum anderen belegt der politische Alltag in Indonesien, dass die PDI-P die Hoffnungen zahlreicher ihrer Anhänger auf eine wirklich umfassende Demokratisierung des Landes nicht erfüllt, um nicht zu sagen: nicht zu erfüllen gewillt ist. Die „Indonesische Demokratische Partei des Kampfes“, so der offizielle Parteiname, zog sich in den vergangenen Wochen die Verärgerung vieler ihrer Mitglieder sowie der Medien dadurch zu, dass ihre Führungsgremien bei der Besetzung politisch wichtiger Ämter, z.B. zahlreicher Gouverneursposten, die von den lokalen Parteigliederungen nominierten PDI-P-Kandidaten durchweg fallen ließ und stattdessen die PDI-P-Mandatsträger

10) Wimar Witoelar, *No Regrets*, Jakarta 2002, S. 150. Witoelar war Sprecher des ehemaligen Präsidenten Wahid und erlebte Megawati als dessen Vizepräsidentin. Vgl. auch die Rezension von Witoelars Buch in dem Beitrag von Frank Feulner in diesem Heft.

- 11) Es muss der Parteibasis unbegreiflich erscheinen, weshalb die Präsidentin die Mitglieder ihrer Partei im Stadtrat von Jakarta im Herbst 2002 schriftlich anwies, den amtierenden Gouverneur Sutiyoso wiederzuwählen, immerhin derjenige ehemalige Militärbefehlshaber, der beim berühmtesten Sturm auf die Parteizentrale Megawatis am 27. Juli 1996 das Kommando führte. Dabei waren zahlreiche Menschen ums Leben gekommen. Diplomatische Beobachter gehen davon aus, dass Megawati sich und der PDI-P als Gegenleistung dafür die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung in der Hauptstadt während des bevorstehenden Wahlkampfs „erkauft“ habe. Allerdings bekannte der Ehemann Megawatis, Taufik Kiemas, selbst einflussreicher Parlamentsabgeordneter der PDI-P, jüngst öffentlich, seiner Partei fehle es in großem Umfang an qualifiziertem Führungspersonal für wichtige Positionen, weshalb man es vorziehe, die amtierenden Gouverneure, die sich in ihren Positionen bewährt hätten, wiederzuwählen; vgl. *Jakarta Post*, 1. August 2003.
- 12) In dieses Horn stößt öffentlich auch Megawatis ältere Schwester Rachmawati, Vorsitzende der „Pioneer Party“ (PP), die die PDI-P wegen ihrer engen Verbindung zu Vertretern der Streitkräfte als „Klon“ der „Neuen Ordnung“ Soehartos bezeichnete; vgl. *Jakarta Post*, 31. Juli 2003.
- 13) Vgl. *Tempo*, 4. August 2003, S. 10.
- 14) Davon sind derzeit etwa 20 Parlamentarier der Partei auf verschiedenen Ebenen betroffen. PDI-P gilt als diejenige Partei in Indonesien, deren Führung von diesem Disziplinierungsinstrument am häufigsten Gebrauch macht; vgl. *Jakarta Post*, 17. Juli 2003.

in den jeweiligen Provinzparlamenten anwies, für andere, zumeist die amtierenden Gouverneure zu stimmen, die nicht nur nicht der PDI-P, sondern in manchen Fällen gar Golkar, dem erbitterten Gegner der Vergangenheit, angehörten und nicht selten einen militärischen Hintergrund aufwiesen.¹¹⁾ Der Zorn an der Parteibasis war so groß, dass Parteifahnen und Porträts der Parteichefin verbrannt wurden. Weshalb die Parteiführung diese Linie verfolgt, ist unklar: Vorleistungen an andere politische Kräfte für spätere Allianzbildungen auf anderen Ebenen sind ebenso begründet wie der Verdacht, dass größere finanzielle Zuwendungen der wiedergewählten Amtsinhaber an den PDI-P-Vorstand geflossen sein sollen, glaubt man der indonesischen Presse. Die Praxis, den lokalen PDI-P-Parlamentariern per offizieller Weisung ihr Stimmverhalten vorzuschreiben, stößt dort auf besondere Ablehnung, weil man sich zurecht an Praktiken der Soeharto-Zeit erinnert fühlt,¹²⁾ als sogenannte Wahlempfehlungen üblich waren. Das Nachrichtenmagazin *Tempo* kritisierte, dass die Parteiführung sogar gezielte Einschüchterung der lokalen Mandatsträger betrieben habe, was selbst in der Soeharto-Ära zu diesen Anlässen nie geschehen sei.¹³⁾ Parteimitgliedern, die sich den Anordnungen aus Jakarta nicht fügen, droht der unmittelbare Parteiausschluss und damit auch der Verlust des Parlamentsmandats.¹⁴⁾ Ähnlich rigoros wird unter der gegenwärtigen Administration auch mit regierungskritischen Demonstranten verfahren: in den vergangenen zwölf Monaten kam es bereits zu mehreren Verurteilungen von Demonstrationsteilnehmern, die Bilder oder Puppen mit den Gesichtszügen der Präsidentin öffentlich verbrannt hatten.

Nachteilig auf den Ruf der Präsidentin wirken sich auch die Einflüsse von Personen aus ihrem unmittelbaren Umfeld aus. Das bezieht sich in erster Linie auf ihren Ehemann Taufik Kiemas, der als graue Eminenz der PDI-P-Fraktion im Repräsentantenhaus gilt. Das klüngelhafte Agieren der Ehepartner in parallel hohen und höchsten Positionen von Legislative und Exekutive hat für die erste Familie des Landes noch nie ein ethisches Problem dargestellt. Taufik ist nicht nur wegen seiner Parlamentszugehörigkeit kein dezenter „First Gentleman“, sondern wird von der indonesischen Öffentlichkeit nicht ohne Grund „Mr. President“ genannt. Dem Tankstellenbesitzer,

der seit 30 Jahren mit der heutigen Präsidentin verheiratet ist und zuvor eine mehrjährige Haftstrafe aufgrund seines Pro-Soekarno-Aktivismus verbüßte, wird von ihm gewogenen Seiten bescheinigt, er besitze die Fähigkeit zur Kommunikation mit jedermann, die Megawati abgehe. Freunde zu gewinnen, Feinde zu beschwichtigen, Deals abzuschließen – darin liege die Stärke dieses korpulenten Mannes, der gelegentlich auch in indonesischen Medien wegen seines Habitus mit den Bossen von Mafia-Clans verglichen worden ist. Auch wenn er den Verdacht der Vorteilsnahme zu seinen Gunsten unter Ausnutzung der Stellung seiner Frau immer energisch bestritten hat, bleibt er innerhalb und außerhalb der PDI-P ein Handikap für die Präsidentin, ebenso wie die geschäftlichen Aktivitäten anderer Mitglieder ihrer Familie.¹⁵⁾ Wie die größte Regierungspartei unter diesen Voraussetzungen ihr ambitioniertes Wahlziel von 40 Prozent der Stimmen¹⁶⁾ erreichen will, erscheint rätselhaft.

Golkar

Soehartos ehemalige Staatspartei kann von den momentanen Schwächen der PDI-P kaum profitieren. Zu sehr steht der Parteivorsitzende Akbar Tandjung selbst unter öffentlichem Druck, um Nutznießer des Popularitätsverlustes der Präsidentin zu werden.

Andererseits wirkt noch immer das Stigma Golkar als des willfährigen Herrschaftsinstruments des 1998 gestürzten Diktators. Die Erinnerung an die vergangenen drei Jahrzehnte ist bei vielen Indonesiern noch zu lebendig, um zu vergessen, geschweige denn zu verzeihen. Dass die Partei gleichwohl auf einem vergleichsweise soliden politischen Fundament steht und die zweitstärkste politische Kraft im Lande geblieben ist, verdankt sie, ähnlich wie die ehemaligen sozialistischen und kommunistischen Staatsparteien in Mittel- und Osteuropa, einer relativ breiten Schicht von Amts- und Funktionsträgern der früheren „Neuen Ordnung“, deren berufliche Stellungen und fast immer auch materieller Status auf ihre engen Verbindungen zu Golkar zurückzuführen sind. Die Partei ist darüber hinaus weiterhin das zweite wichtige Sammelbecken nationalistisch orientierter politischer Kräfte neben der PDI-P.

Andererseits, und dies wiegt politisch schwerer, geriet Tandjung, der seit 1999 auch Präsident des

15) Zuletzt geriet der Schwiegersohn Megawatis in den Verdacht der Vorteilsnahme bei einem Rüstungsbeschaffungsprojekt der indonesischen Luftwaffe; vgl. *Tempo*, 21. Juli 2003, S. 70.

16) Vgl. *Jakarta Post*, 7. Juli 2003.

Repräsentantenhauses ist, im vergangenen Jahr in die Mühlen der Justiz, die ihn der Unterschlagung mehrerer Millionen US-Dollar aus den Fonds einer staatlichen Versorgungsbehörde während seiner Zugehörigkeit zum Kabinett von Präsident Habibie als überführt ansah und ihn zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilte. Die erste Berufungsinstanz bestätigte das Urteil. Tandjung kämpfte um sein politisches Überleben und trug die Auseinandersetzung bis vor den Obersten Gerichtshof, der wahrscheinlich im Herbst 2003 in letzter Instanz entscheiden wird. Wie auch immer das Urteil ausfallen wird, es bringt Tandjung und in dessen Gefolge auch Golkar in eine problematische Lage. Bestätigt das Gericht das erstinstanzliche Urteil, bedeutete dies zwar einen kurzfristigen Prestigegewinn für die nicht gerade hoch angesehene Justiz des Landes, für den Parteivorsitzenden jedoch die Aufgabe seiner politischen Ämter und den Gang hinter Gitter. Golkar stünde dann ohne die nach allgemeiner Auffassung trotz dieses Verfahrens noch immer mächtigste Persönlichkeit in der Partei da und müsste kurz vor wichtigen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen einen erfolgversprechenden Ersatzkandidaten suchen. Sprüche der Supreme Court Akbar Tandjung indessen frei, würde dies nur das allgemeine Bild von Golkar als einer von zwielichtigen Kräften geführten politischen Kraft bestätigen, die trotz ihrer numerischen Stärke, ihres anerkannten hohen Organisationsgrades sowie einer beachtlichen Mobilisierungsfähigkeit keine seriöse Alternative zur Präsidentschaft Megawatis anbieten kann.

Diese Alternative hätte es allerdings geben können, wenn Tandjung seine nur schlecht kaschierten Ambitionen auf das Präsidentenamt im Interesse seiner Partei zurückgestellt hätte. Der in Indonesien hoch angesehene, in den USA ausgebildete und schon mehrfach für das höchste Staatsamt ins Gespräch gebrachte Islamwissenschaftler und Hochschulrektor Nurcholish Madjid hatte im Frühjahr überraschend seine Bereitschaft erklärt, sich um die Golkar-Kandidatur für das Präsidentenamt zu bewerben. Was den ehemaligen Studentenführer, der in den siebziger Jahren Vorsitzender des einflussreichen Verbandes moslemischer Studenten war und engagiert für die Aufgabe des Konzepts eines islamischen Staates in Indonesien eingetreten war, dazu bewegt hatte, ausge-

rechnet bei Golkar Unterstützung für sein Vorhaben zu suchen, weiß wohl nur er allein. Möglicherweise spekulierte er darauf, dass Parteichef Tandjung der Weg durch den Obersten Gerichtshof versperrt werden könnte oder aber, dass die Partei durch die Aussicht, das Präsidentenamt mit Hilfe der Reputation Madjids zurückerobern zu können, Tandjung zur Aufgabe hätte bewegen können. Die Ankündigung Golkars, man wolle den Kandidaten auf einem Nominierungsparteitag küren, erschien in Indonesien zunächst, wenn auch nur kurz, als überraschender Hoffnungsschimmer: ausgerechnet die Bewegung des Ex-Diktators würde als erste indonesische Partei Elemente interner Demokratie einführen. Der Traum war kurz und endete, als Tandjung sich dazu entschied, am parteiinternen Nominierungsverfahren teilzunehmen. Dies war für Madjid das Signal zum Rückzug, bei dem er indirekt einräumte, den Fortschritt interner Regeneration Golkars insofern falsch eingeschätzt zu haben, als *money politics* in den Parteigliederungen noch immer eine zu wichtige Rolle spiele. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen nahmen die Entscheidung des Wissenschaftlers erkennbar erleichtert auf und Meinungsumfragen machten klar, dass auch die Öffentlichkeit eine Verbindung zwischen Golkar und Madjid nicht hätte nachvollziehen können.¹⁷⁾ Madjid könnte, wenn er kandidierte, laut Umfragen ein ernstzunehmender Konkurrent für Präsidentin Megawati werden.¹⁸⁾ Allerdings fehlen ihm bis jetzt noch die parteipolitische Basis und vor allem Erfahrungen im politischen Alltagsgeschäft, die ihn befähigten, als Staatsoberhaupt mit einer möglicherweise kritisch eingestellten Parlamentsmehrheit zurecht zu kommen – ungünstige Voraussetzungen, die schon die Präsidentschaft Abdurrahman Wahids belasteten.

Sollte Akbar Tandjung letztinstanzlich freigesprochen werden, besteht kein Zweifel daran, dass er es verstehen wird, sich die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei zu sichern. Insofern verlöre dann auch das vorgesehene, grundsätzlich positive Verfahren eines schrittweisen Auswahl- und Nominierungsprozesses in Golkar weitgehend an Bedeutung und vor allem Öffentlichkeitswirksamkeit.¹⁹⁾ Niemand in Indonesien glaubt ernsthaft, dass die anderen derzeitigen Golkar-Mitbewerber dann eine realistische

17) Vgl. *Tempo*, 11. August 2003.

18) Vgl. *Jakarta Post*, 24. Juli 2003.

19) Der Zeitplan der Partei sieht vor, den Präsidentschaftskandidaten im Februar 2004 zu nominieren; vgl. *Jakarta Post*, 11. Juli 2003.

Chance gegen den Parteichef haben würden. Die wichtigsten darunter sind:

- Yusuf Kalla, Koordinierender Minister für Soziales; er verfügt über starken Rückhalt in seiner Heimat Südsulawesi und bei jenen Golkar-Kräften, die Akbars Kandidatur als schädlich für die Gesamtpartei ansehen. Im Religionskonflikt auf den Molukken hat er sich durch Vermittlungsbemühungen verdient zu machen versucht. Sein öffentliches Profil auf nationaler Ebene allerdings bleibt unausgeprägt.
- Sultan Hamengku Buwono X., Erbherrscher und derzeit auch Gouverneur der Provinz Yogyakarta, genießt große Popularität in Java und gilt als politischer Führer, der es versteht, ausgleichend und versöhnend zu wirken. Sein Vater, Sultan Hamengku Buwono IX., wird als eine der führenden Gestalten des indonesischen Unabhängigkeitskampfes verehrt. Bisher ist es dem Sultan jedoch nicht überzeugend gelungen, sich als einen Kandidaten darzustellen, der die politischen Führungsfähigkeiten eines Staatspräsidenten mitbringt.
- Wiranto, der frühere Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte, dessen Name mit den Gewalttaten nach dem Unabhängigkeitsreferendum Ost-Timors verbunden ist, steht als Person für die Periode vor Beginn der politischen Reformen und kann als ehemaliger Militär nicht mit signifikanter Unterstützung aus der Bevölkerung rechnen. Seine Bewerbung erweckt von daher den Eindruck, eher auf den Aufbau einer politischen Basis in Golkar mit langfristiger Zielsetzung gerichtet zu sein.

Unter Berücksichtigung dieser Ausgangsbedingungen und der Tatsache, dass mit Präsidentin Megawati die politischen Kräfte des javanisch-nationalen Lagers bereits über eine aussichtsreiche Kandidatin für das höchste Staatsamt verfügen, könnte für Golkar am Ende unter günstigsten Umständen nur die Vizepräsidentenschaft(skandidatur) herauspringen, und auch dies erscheint angesichts der dann fehlenden Einbindung religiöser Parteien zweifelhaft.

Die religiösen Parteien: PPP, PAN, PKB

Trotz seines hohen Staatsamtes als Vizepräsident ist es Dr. Hamzah Haz in den vergangenen Jahren nicht

gelingen, sich als dynamischer, ideenreicher Politiker zu profilieren oder sich gar für das höchste Staatsamt zu empfehlen. Der Vorsitzende der islamischen Vereinigten Entwicklungspartei (PPP) und aus Kalimantan stammende ehemalige Journalist und Lehrer muss eine überwiegend ländlich geprägte, religiös-konservative Wählerschaft und ihre Interessen repräsentieren. Seine politische Verortung ließ ihn 2001 aus der Sicht von Megawatis PDI-P als Vizepräsident geeignet erscheinen, um die in der Gesellschaft erstarken religiösen Kräfte zu beschwichtigen. Hamzah erfüllt diese Aufgabe allerdings häufig in einer politisch kompromittierenden Weise: sei es, dass er die Tragödie des 11. September als „Strafe für die weltpolitischen Fehler der USA“ bezeichnete, den Führer einer militanten islamischen Organisation im Gefängnis besuchte oder in öffentlichen Verlautbarungen Sympathien für das geistige Oberhaupt der Terrororganisation Jemaah Islamiyah, Abu Bakar Ba'asyir, erkennen ließ. Der gläubige Moslem tritt als einer der wenigen hochrangigen indonesischen Politiker für die Einführung der Scharia im Land ein. Die größte Publizität erzielte er 2003 dadurch, dass er als Vizepräsident eine Pilgerfahrt nach Mekka unternahm, wobei ihn eine Delegation von über 100 Personen begleitete, darunter nach Presseberichten zahlreiche Familienmitglieder. Ob die Regierung auch für sie die Reisekosten übernahm, blieb letztlich ungeklärt. Wie die Präsidentin auch, billigt Hamzah eine harte Vorgehensweise gegenüber seinen Kritikern: ein Student, der am Jahresanfang bei einer Demonstration ein Bild des Vizepräsidenten verbrannte, erhielt dafür eine sechsmonatige Gefängnisstrafe. Die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der PPP im Frühsommer dürfte mehr als politisches Signal an seine Anhänger zu werten sein denn als ernsthafter Versuch zum Sprung auf den Präsidentensessel. Aus Hamzahs Sicht ist die Kandidatur für das Amt des Vizepräsidenten im Gefolge Megawatis ein bedeutend sichererer Weg an die Spitze des Staates. Die Möglichkeit einer erneuten Kandidatur des amtierenden Duos wurde bereits öffentlich von PDI-P erwogen. Sollte Megawati aus irgend einem Grund ausfallen, fiel Hamzah das Amt sozusagen in den Schoß – mit unabschhbaren Folgen für Indonesien.

Eine deutlich andere Qualität haben die Präsidentschaftsambitionen des Sprechers der Beratenden Volksversammlung MPR und Vorsitzenden der Nationalen Mandatspartei PAN, Amien Rais. Der Hochschullehrer für Politikwissenschaft und ehemalige Vorsitzende der islamischen Massenorganisation Muhammadiyah (ca. 30 Millionen Mitglieder) erreicht zeitweise durchaus beachtliche Umfragewerte, die zum Großteil darauf zurückzuführen sein dürften, dass es ihm bisher gelungen ist, nach außen hin das Bild eines integren Politikers ohne Affären zu bewahren. Gleichwohl blieben in der Vergangenheit die Ergebnisse der PAN bei den Parlamentswahlen 1999 mit knapp über sieben Prozent offensichtlich weit hinter seinen eigenen Erwartungen zurück. Dass er als Chef einer relativ kleinen politischen Kraft dennoch Sprecher des obersten Legislativorgans des Landes werden konnte, verdankt er dem System der allseitigen Interessenbefriedigung in der indonesischen Politik mit ihrem starken Hang zur Konsensbildung aller Parteien. Diese Position sichert ihm regelmäßig ein breites Publikum für seine politischen Statements, in denen der u.a. in den USA ausgebildete Rais in der Regel nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig lässt. Insofern könnte er im indonesischen Kontext schon fast als Polarisierer gelten. Dass seine Karriere ihn noch nicht in die angestrebten höchsten Staatsämter geführt hat, dürfte nicht nur auf die schmale Machtbasis der PAN zurückzuführen sein. Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad von Rais differieren regelmäßig sehr stark. Gelegentlich holt ihn seine Vergangenheit ein, in der er sich durch Angriffe auf die christlichen und chinesischen Minderheiten zu profilieren suchte. Wenngleich er heute moderater geworden sein dürfte, hat es den Anschein, als ob die Mehrheit der Indonesier nicht nur mit dem Intellektuellen Rais wenig anzufangen wüsste, sondern ihm schlichtweg nicht vertraut. Der rote Faden in seiner politischen Karriere immerhin ist, dass er sich regelmäßig gegen diejenigen wandte, die zuvor seine politischen Verbündeten waren: So spielte er bei der Absetzung von Ex-Präsident Wahid eine zentrale Rolle, und auch im Sommer 2003 ist es seine PAN-Partei, die damit begonnen hat, vermeintliche finanzielle Vorteilsnahmen der Familienmitglieder Megawatis im Parlament zu brandmarken. Es ist nicht unbedingt davon auszugehen, dass der

Moslem Rais sich innerlich mit der Besetzung des Präsidentenamtes durch eine Frau abgefunden hat. Sollte seine Bewerbung als Präsident wirklich erfolgreich sein, wäre er sicherlich mit einer breiten, häufig gegen ihn gerichteten Mehrheit im Parlament konfrontiert. Dies dürfte allerdings auch den Wählern bewusst sein.

Um die „Partei des Nationalen Erwachens“ (PKB), ehemals die schmale parlamentarische Basis des früheren Präsidenten Wahid, ist es seit dessen Abtreten von der politischen Bühne ruhiger geworden. „Gus Dur“ ist ungeachtet dessen weiterhin politisch in der PKB aktiv und versieht die Position eines inoffiziellen Ehrenvorsitzenden und Patrons. Gelegentlich tauchten in den indonesischen Medien im Laufe dieses Jahres Berichte auf, wonach der Ex-Staatschef eine erneute Kandidatur für das Präsidentenamt anstrebe. Wer ihn persönlich erlebt, kann durchaus eine unbändige Energie und Lust an der politischen Auseinandersetzung feststellen. Es ist jedoch allgemeine Überzeugung, dass seine Präsidentschaft zu den politisch schwierigsten Perioden in der Post-Suharto-Zeit zählt und kaum jemand sich ernsthaft eine Neuauflage der zahlreichen von Wahid zum Teil initiierten Konflikte, etwa mit dem Militär um dessen Rolle im Staat, wünschen wird. Seine angegriffene Gesundheit machte ihm bereits als Präsident erkennbar zu schaffen und verbietet wohl auch jede weitere Ambition auf dieses Amt. Nicht zuletzt deshalb halten sich hartnäckig Vermutungen, dass Gus Dur seine entsprechenden Absichten nur zum Schein äußere und in Wahrheit einen anderen, im Kontext der PKB eher unvermuteten Kandidaten fördere: den Koordinierenden Minister für Politik und Sicherheit, Bambang Susilo Yudhoyono, im Volksmund auch nach seinen Initialen SBY genannt. Yudhoyono, der seine Position bereits seit drei Jahren innehat, ist einer der wenigen führenden Politiker, die es verstehen, in der Öffentlichkeit das Image eines professionellen, effektiven Politmanagers zu verbreiten. Dass der ehemalige Armeegeneral die persönlichen Voraussetzungen mitbrächte, um Präsident sein zu können, wird niemand wirklich bestreiten. Allerdings haftet auch ihm bei vielen der Makel seiner Militärvergangenheit an, obwohl sein Name noch nicht mit irgendwelchen Verfehlungen in Verbindung gebracht wurde. Poli-

tisch hat er sich besonders bei den Bemühungen um eine vorläufige friedliche Lösung des Aceh-Konflikts engagiert und sah sich durch das im Dezember 2002 mit der militanten Unabhängigkeitsbewegung unterzeichnete Friedensabkommen wohl zunächst belohnt. Das Wiederaufflammen des Konflikts und der anschließende Einsatz der indonesischen Streitkräfte in Aceh im Mai 2003 bedeutet insofern einen persönlichen Rückschlag für Yudhoyono. Er ist allerdings auf dem Weg, sich stabile Zustimmungsraten zu erarbeiten und wäre für jeden Präsidentschaftsbewerber ein zumindest präsentabler zweiter Mann.

■ Stimmungen in der Bevölkerung

Welches sind die Probleme Indonesiens und wer löst sie?

In Indonesien wurden seit Jahresbeginn eine Reihe von Umfragen und eingehenderen demoskopischen Untersuchungen zu aktuellen politischen Stimmungen und Fragen von allgemeinem politischen Interesse durchgeführt. Nachfolgend werden beispielhaft die Ergebnisse einer im Februar 2003 in 22 indonesischen Provinzen unter mehreren Tausend wahlberechtigten Bürgern durchgeführten, repräsentativen Umfrage vorgestellt. Das Profil der Befragten entsprach dabei exakt dem der indonesischen Gesamtbevölkerung.

Obwohl 65,2 Prozent der Befragten der Meinung waren, dass die Politik der Regierung Megawati Indonesien in die falsche Richtung führe (13 Prozent stimmen der Politik zu; 19,4 Prozent hatten keine Meinung dazu), erzielte die Präsidentin bei der klassischen Sonntagsfrage mit 11,9 Prozent den höchsten Wert vor Amien Rais (6,2 Prozent), Hamzah Haz (4,4 Prozent) und Susilo Bambang Yudhoyono (3,9 Prozent). Der ehemalige Präsident Wahid liegt mit 3,4 Prozent der Stimmen ebenso weit hinten in der Gunst der Wähler wie die Golkar-Kandidaten Sultan Hamengu Buwono X. (2,6 Prozent) und Akbar Tanjung (1,2 Prozent). Während 7,4 Prozent der Befragten keinem der seinerzeit bekannten Präsidentschaftskandidaten ihre Stimme geben wollten, zeigte sich mit 44 Prozent ein Großteil der an der Umfrage beteiligten Indonesier noch unentschieden hinsichtlich ihrer Präsidentenpräferenz.

Trotz der als weitgehend negativ empfundenen Leistungsbilanz der Regierung Megawati kann sich

die amtierende Präsidenten nach wie vor auf eine breite Zustimmung innerhalb der Gesellschaft berufen. Die größte Unterstützung erhielt sie in dieser Umfrage von Seiten der PDI-P-Wähler von 1999 mit 70,5 Prozent und durch die Landbevölkerung (58,8 Prozent). Doch auch in den Reihen der Golkar- und PPP-Wähler von 1999, der Stadtbevölkerung sowie bei den Javanern liegen die Zustimmungsraten für sie über der 50-Prozent-Marke.

Betrachtet man den Bekanntheitsgrad der potenziellen Präsidentschaftskandidaten und setzt diesen in ein direktes Verhältnis mit der Zustimmung zu den Politikern, dann fällt auf, dass weder Megawati noch Haz, Rais oder Tandjung ihre große Bekanntheit in politische Zustimmung für sich umsetzen können. Dies gelänge dem weit weniger bekannten Kandidaten Yudhoyono (SBY) wesentlich besser. Dass Golkar-Chef Tandjung in der Zustimmung noch hinter seinem möglichen parteiinternen Rivalen Kalla liegt, erlaubt Rückschlüsse auf die Erfolgsaussichten des Parlamentspräsidenten.

<i>Potenzieller Präsidentschaftskandidat</i>	<i>Bekanntheitsgrad (in Prozent)</i>	<i>Politische Zustimmung (in Prozent)</i>
Megawati Soekarnoputri	99,9	56,1
Abdurrahman Wahid	98,8	41,0
Hamzah Haz	97,2	53,8
Amien Rais	96,6	45,6
Akbar Tandjung	94,8	29,3
Susilo Bambang Yudhoyono	67,2	61,1
Yusuf Kalla	54,6	36,2

Auch bei der Frage nach der gewünschten Kombination von Präsident und Vizepräsident schneidet die Amtsinhaberin vergleichsweise gut ab. Bemerkenswert ist zudem, dass der Golkar-Kandidat Sultan Hamengkubuwono X., der als Präsidentschaftskandidat mit 2,6 Prozent in der Gunst der Wähler nicht hoch steht, als Vizepräsident durchaus gute Chancen hat: Die Kombination Megawati/Sultan erhält ebenso wie das aktuelle Duo Megawati/Haz 40,8 Prozent, gefolgt von Megawati/SBY (36,4 Prozent) und Megawati/Rais (32,4 Prozent). Mit einem prozentualen Anteil zwischen 31,2 Prozent und 25,4 Prozent liegen

die diversen Kombinationsmöglichkeiten der Kandidaten SBY, Rais und Haz im Mittelfeld der Präferenzen. Erst im hinteren Drittel werden Wahid/Rais (22,5 Prozent) sowie SBY/Kalla (25,2 Prozent), Megawati/Kalla (23,5 Prozent) und Megawati/Tanjung (22,4 Prozent) als Wunschverbindungen angeführt. Das Schlusslicht bilden die allgemein offenbar wenig beliebten, aber hoch ambitionierten Bewerber Rais/Tanjung mit 21,5 Prozent der Stimmen.

Die Umfrageergebnisse für Präsidentin Megawati sind umso bemerkenswerter, als 66,5 Prozent der Befragten als erste Präferenz ohnehin lieber für einen männlichen Präsidenten stimmen würden und nur 8,2 Prozent eine Frau als Präsident bevorzugten. Insbesondere der Stimmenanteil der Frauen für einen männlichen Kandidaten ist mit 62,3 Prozent erstaunlich hoch. Keine Überraschung stellt dagegen die deutliche Präferenz der konservativen Moslems (76,8 Prozent) und der moderaten Moslems (69,9 Prozent) für einen Mann an der Spitze des Staates dar. Lediglich 21,4 Prozent der Befragten war das Geschlecht der Kandidaten gleichgültig, wobei hier die höchsten Stimmenanteile auf die Nicht-Moslems (33,5 Prozent) und die liberalen Moslems (29,7 Prozent) entfallen.²⁰⁾ Die Umfrageteilnehmer führen hierbei verschiedene Gründe an (siehe erste Darstellung nächste Seite). Die angeführten Gründe zeigen, dass insbesondere die indonesischen Frauen noch sehr in traditionellen Denkmustern verhaftet sind und offenbar wenig politisches Selbstvertrauen haben. Auf die Frage, welche Eigenschaften eine für sie wählbare Präsidentschaftskandidatin haben sollte, antworteten 45,7 Prozent der konservativen, 43,6 Prozent der moderaten, 31,5 Prozent der liberalen Moslems und immer noch 24,8 Prozent der Nicht-Moslems (total 38,9 Prozent), dass sie sich eine stark religiöse Frau wünschten, was in einem direkten Widerspruch zu der eher säkular eingestellten Präsidentin Megawati steht. Insbesondere die Nicht-Moslems (40,2 Prozent) und die liberal eingestellten Moslems (37,1 Prozent) wünschen sich eine Frau mit mehr beruflicher Erfahrung. Immerhin noch 36,7 Prozent der moderaten und nur noch 27,4 Prozent der konservativen Moslems schließen sich dieser Meinung an. Weitere gewünschte Eigenschaften eines weiblichen Präsidentschaftskandidaten gibt die zweite Darstellung auf der Folgeseite wieder.

20) Die Eingruppierung der Befragten als konservative, moderate oder liberale Moslems orientiert sich an deren Angaben, inwieweit sie religiöse Gebote korrekt einhalten bzw. welche Haltungen sie in Kernstreitfragen zu religiösen Themen einnehmen.

<i>Grund (Angaben in Prozent)</i>	<i>Moslem liberal</i>	<i>Moslem Moderat</i>	<i>Moslem Konservativ</i>	<i>Nicht- Moslem</i>	<i>Männer</i>	<i>Frauen</i>	<i>Total</i>
Männer sind natürliche Führer	31,8	33,5	37,4	36,1	36,4	32,9	34,7
Frauen sollten sich um den Haushalt kümmern	32,0	41,2	31,2	25,2	34,8	33,0	34,0
Frauen sind im Vergleich zu Männern weniger befähigt	29,3	30,1	34,8	24,4	31,2	31,2	31,2
Frauen sind im Vergleich zu Männern weniger erfahren	22,4	18,7	20,6	26,1	20,4	21,4	20,9
Meine Religion schreibt dies so vor	15,2	15,9	20,4	5,9	20,1	12,8	16,7
Männer sind handlungsorientierter und risikofreudiger	12,4	10,0	6,7	10,9	9,3	9,7	9,5

An einer Präsidentin, die sich für Frauenthemen engagiert, besteht anscheinend jedoch nur sehr geringes Interesse unter den Befragten (Total: 11,5 Prozent).

Traditionell ist im Vorwahlkampf für die Strategien der Parteien von großem Interesse, wo das Wahlvolk

Gewünschte Eigenschaft (Angaben in Prozent)	Moslem liberal	Moslem moderat	Moslem konservativ	Nicht-Moslems	Total
in lokalen Themen versiert	25,4	21,6	18,1	37,4	23,0
sozial aktiv	19,6	24,8	17,3	29,9	21,3

die dringendsten Probleme sieht. Die Befragten dieser Untersuchung nehmen mit 67,8 Prozent die schlechte wirtschaftliche Situation und die gestiegenen Preise für die Grundversorgungsgüter als das größte Problem Indonesiens wahr, und bescheinigen

der amtierenden Regierung mit 65,2 Prozent eine schlechte Gesamtleistung in diesem Bereich. Dabei nehmen die Frauen mit 74,6 Prozent gegenüber den Männern (61,1 Prozent) die schlechte Wirtschaftslage deutlich stärker wahr (das eng mit der Wirtschaftslage zusammenhängende Problem der Arbeitslosigkeit findet dagegen mit insgesamt 3,3 Prozent nur wenig Beachtung). Mit weitem Abstand wird die zunehmende Korruption mit insgesamt 7,4 Prozent als zweites Problem angeführt. 5,8 Prozent (Männer: 7,5 Prozent; Frauen: 4,1 Prozent) der Befragten sorgen sich um die enormen Probleme des Rechtssystems. Die bestehenden interkulturellen und interreligiösen Konflikte, insbesondere zwischen Moslems und Christen, werden von den Indonesiern nur am Rande als Problem erkannt (Total: vier Prozent; Männer: 4,9 Prozent; Frauen: 3,1 Prozent).

Gefragt nach der Problemlösungskompetenz der einzelnen Präsidentschaftskandidaten bezogen auf die oben genannten Probleme wurden folgende Antworten gegeben:

- Schlechte Wirtschaftslage/gestiegene Preise: ein mit 42,2 Prozent hoher Anteil der Befragten hatte hierzu keine Meinung. Ebenfalls 42,2 Prozent trauten es keinem der Kandidaten zu, während nur noch 7,4 Prozent Präsidentin Megawati angesichts ihrer als schlecht empfundenen Wirtschaftspolitik zutrauen, die Voraussetzungen für einen wirtschaftspolitischen Aufschwung zu schaffen. Überraschend sprachen 7,2 Prozent der Befragten sogar dem ehemaligen Präsidenten Soeharto die Problemlösungskompetenz in diesem Bereich zu, gefolgt von Amien Rais mit 5,1 Prozent.
- Korruption: auch bei diesem Themenbereich hat mit 48,3 Prozent ein großer Teil der Befragten keine Meinung. Ebenfalls 48,3 Prozent trauen es keinem der Kandidaten zu. Am ehesten wird hier Amien Rais mit sieben Prozent, gefolgt von Megawati mit 6,4 Prozent, die Problemlösungskompetenz zugesprochen.
- Rechtsunsicherheit: 49,8 Prozent haben keine Meinung und 49,8 Prozent trauen niemandem eine deutliche Verbesserung der gegenwärtigen Misere zu. Diese Gleichgültigkeit und Ratlosigkeit sind deutliche Indikatoren dafür, dass das in-

- donesische Rechtssystem nahezu jeglichen Kredit bei den Bürgern verspielt hat.
- Ethnische und religiöse innergesellschaftliche Konflikte: in diesem Bereich haben die Befragten mehr Zutrauen zu ihren Politikern. Während zwar nach wie vor 44,6 Prozent keine Meinung haben, sind es nur 13,1 Prozent, die keinem der Kandidaten die Lösungskompetenz zugestehen. Auch hier steht die amtierende Präsidentin mit sieben Prozent am höchsten in der Gunst der Wähler, gefolgt von Wahid (5,4 Prozent) und Haz (4,4 Prozent).
 - Terrorismus und Umgang mit terroristischen Gruppen: zu diesem international heftig diskutierten Thema haben 54 Prozent der Befragten keine Meinung. Erstaunlich ist der mit ebenfalls 54 Prozent hohe Anteil der Antworten, die es keinem Kandidaten zutrauen, hier wirksame politische Lösungen zu finden. Nur Megawati wird von lediglich 8,6 Prozent eine gewisse Kompetenz in diesem Bereich zugesprochen, obwohl ihr insgesamt 51,9 Prozent der Befragten in einer separat gestellten Frage nach dem Umgang der Regierung Megawati mit dem Terrorismus eine sehr gute bis gute Leistung bescheinigen. 21,8 Prozent sind der Meinung, dass Megawati in diesem Bereich keine gute Arbeit geleistet hat, und 4,4 Prozent der Befragten empfinden ihre Arbeit als sehr schlecht. Gründe dafür sind:
 - „Sie hat in Bali keine gute Figur gemacht“ (19,3 Prozent);
 - „Einer Frau fehlt es an den notwendigen Fähigkeiten zur Terrorismusbekämpfung“ (14,8 Prozent);
 - „Sie sorgt sich nicht um die Menschen“ (12,4 Prozent);
 - „Sie fürchtet die moslemischen Extremisten“ (3,8 Prozent);
 - „Sie hat Angst, die Stimmen der islamischen Bevölkerung zu verlieren“ (3,2 Prozent).
- Obwohl insgesamt 75,7 Prozent die Meinung vertreten, dass der Terrorismus ein sehr großes (43,1 Prozent) bis großes (32,6 Prozent) Problem ist, taucht die Terrorismusbekämpfung nicht im Ranking der wichtigsten politischen Themen auf. Lediglich 9,8 Prozent der Befragten empfinden

- den Terrorismus als kein großes bzw. als gar kein Problem. Als Ursachen des Terrorismus in Indonesien werden folgende Aspekte wahrgenommen:
- Einfluss internationaler Terrorismusorganisationen (24,6 Prozent);
 - Manipulation der religiösen Lehren des Islam (18,9 Prozent);
 - Mangelnde Fähigkeit der Bevölkerung, an öffentlichen Diskussionen teilzunehmen (16,8 Prozent);
 - Der einzige Weg, um eine ungerechte und korrupte Regierung in die Schranken zu weisen (13,8 Prozent);
 - Extreme Armut (11,8 Prozent).

Wer wählt wen?

Bei der traditionellen Sonntagsfrage wurde deutlich, dass innerhalb des nationalen Lagers die Regierungspartei PDI-P im Vergleich zu ihrem Wahlergebnis von 1999 Stimmenanteile an Golkar verlieren wird. Auf die Nachfrage bei den noch Unentschiedenen bzw. Nichtwählern und jenen Befragten, die „Keine Antwort“ angaben, zu welcher Partei sie tendieren, wurde geantwortet:

- Wähle dieselbe Partei wie 1999: 13,8 Prozent;
- Wähle eine andere etablierte Partei: 7,4 Prozent;
- Wähle eine neue Partei: 3,3 Prozent;
- Wähle nicht: 3,3 Prozent;
- Unentschieden: 62,5 Prozent;
- Keine Antwort: 9,5 Prozent.

Mit über 50 Prozent ist ein großer Teil der an der Umfrage beteiligten Indonesier in seiner Wahlentscheidung noch nicht festgelegt.

Die neu gegründeten Parteien stehen bei den potenziellen Wechselwählern allerdings nicht allzu hoch im Kurs. Die in den letzten drei Jahren neu gegründeten Parteien führen ein Schattendasein. 58,9 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die neuen Parteien nicht wesentlich zur Verbesserung der allgemeinen Lage beitragen, sondern vielmehr die Fragmentierung des politischen Parteiensystems in Indonesien verstärken. Lediglich 22,6 Prozent befürworten die Bildung von neuen Parteien als Zeichen für eine funktionierende Demokratie und in der Hoffnung, dass die Neuen die Dominanz der etablierten Parteien brechen.

Während die noch unentschiedenen Wähler verstärkt in dem Gesellschaftssegment mit niedrigerem Bildungsniveau und sozioökonomischem Status zu finden sind (Gründe u.a.: mangelnder Zugang zu Informationen, Desinteresse, mangelndes Wissen über politische Prozesse etc.), wird die Entscheidung zum Nicht-Wählen in den Reihen der höher gebildeten und gut situierten Indonesier bewusst getroffen: Nichtwahl als Protest.

Auf der anderen Seite haben 48,5 Prozent der Befragten bereits eine feste Entscheidung getroffen, welcher Partei sie bei den Parlamentswahlen im Jahr 2004 ihre Stimme geben. Dabei ist eine eindeutige Präferenz für Golkar zu Lasten der Regierungspartei PDI-P zu erkennen. 23 Prozent der Befragten legen sich bereits in der ersten Präferenz auf eine Partei fest und geben keine mögliche Wahlalternative an.

Parteiprofile

Golkar

Als erste Präferenz würden sich 15,2 Prozent der Befragten für Golkar entscheiden. Darunter fallen 20,2 Prozent der Erstwähler. Golkar wird mit einem Anteil von 27 Prozent hauptsächlich von Frauen gewählt. Der Stimmenanteil der Männer ist mit 19,1 Prozent deutlich geringer. Erstaunlich hoch fällt die Zustimmung für die eher säkular ausgerichtete Partei Golkar in den Reihen der moslemischen Befragten aus. Dies zeigt, dass Golkar durchaus in der Lage ist, die moslemischen Bevölkerungsteile Indonesiens anzusprechen und so den religiös orientierten Parteien PKB und PPP Wähler abzuwerben. Offensichtlich wiegen die wirtschaftlichen Probleme momentan schwerer als die religiösen Einstellungen. Die größte Zustimmung erfährt die Partei mit 35,3 Prozent außerhalb Javas, aber auch auf der Insel Java ist Golkar mit 22,8 Prozent der Stimmen gut vertreten. Insgesamt nimmt die Unterstützung für Golkar mit sinkendem Bildungsgrad und sinkendem sozioökonomischen Status der Befragten zu: (die Befragten trauen Golkar auch am ehesten die Problemlösungskompetenz in den Bereichen „schlechte Wirtschaftslage“ (17 Prozent) und „schlechtes Bildungssystem“ (neun Prozent) zu. Zudem kann Golkar mit 51,4 Prozent auf einen relativ hohen Stammwähleranteil aus dem Jahre 1999 zurückgreifen.

PDI-P

Die PDI-P wird in der ersten Präferenz von 12,5 Prozent der Befragten gewählt. Die säkular ausgerichtete Regierungspartei wird überwiegend von der Gruppe der Nicht-Moslems (32,3 Prozent) unterstützt. Der Zuspruch für die Regierungspartei nimmt mit sinkendem Bildungsniveau und sozioökonomischen Status der Befragten zu. Auch in den Reihen der jüngeren Wählern genießt die Partei hohes Ansehen. Die Regierungspartei ist sowohl in als auch außerhalb Javas eine der dominanten Parteien, obwohl ihr Stimmenanteil auf den Außeninseln mit 22,2 Prozent um einiges geringer ausfällt als für Golkar. Allerdings kann die PDI-P mit 38,4 Prozent nur auf eine geringe Stammwählerschaft zurückgreifen. Mit 40,4 Prozent sind die meisten PDI-P Wähler von 1999 hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung für 2004 noch unentschieden. Auch der Wert der potenziellen Wechselwähler (9,2 Prozent) ist angesichts des geringen Stammwähleranteils und der vielen Unentschiedenen sehr hoch, insbesondere, da die PDI-P sowohl an die säkulare Konkurrenzpartei Golkar als auch an die religiösen Parteien Wähler abgibt. Ihre Hauptaufgabe für den Wahlkampf liegt eindeutig in der Mobilisierung der eigenen Anhänger.

PPP

Die PPP von Vizepräsident Haz profitiert am meisten von den Verlusten der anderen Parteien. In der ersten Präferenz würden 8,7 Prozent der Befragten die PPP wählen. Die hauptsächlich von moderaten (14 Prozent) und konservativen (12,9 Prozent) Moslems gewählte Partei ist mit 16 Prozent die drittstärkste politische Kraft außerhalb Javas. Unterstützung findet sie in den Reihen der jungen Wähler, wobei auch hier die Zustimmung mit sinkender Bildung und abnehmendem sozioökonomischen Status zunimmt. Die PPP kann auf eine recht starke und stabile Stammwählerschaft von 57 Prozent zurückgreifen und weist mit 25,7 Prozent einen verhältnismäßig geringen Anteil von unentschiedenen Wählern auf. Allerdings ist die Zahl der potenziellen Wechselwähler mit 12,7 Prozent relativ hoch.

PKB

Die PKB wird in erster Präferenz von 6,1 Prozent der Befragten, hauptsächlich von liberal (15,8 Prozent)

und konservativ (9,9 Prozent) eingestellten Moslems, gewählt (moderate Moslems: 6,7 Prozent; Nicht-Moslems: 1,1 Prozent). Unterstützung findet die Partei fast ausschließlich auf der Insel Java (9,7 Prozent) sowie in den Bevölkerungsteilen mit niedrigem Bildungsniveau und niedrigem sozioökonomischen Status. Die PKB kann ebenso wie die PPP auf einen recht hohen Stammwähleranteil von 55,7 Prozent zurückgreifen. Auch der Anteil der noch unentschiedenen Wähler von 1999 ist mit 25,9 Prozent relativ gering.

PAN

Amien Rais' Partei spricht seit jeher nur eine sehr begrenzte Gruppe innerhalb der Wählerschaft an. Dies könnte sich 2004 besonders nachteilig auswirken, denn in der vorgelegten Umfrage würden nur 2,4 Prozent der Teilnehmer PAN als erste Präferenz wählen. Diese Personen rekrutieren sich aus der Gruppe derjenigen mit überdurchschnittlicher Bildung und sozioökonomischem Status. Innerhalb der Gruppe der islamischen Wähler spricht die Partei vor allem moderate Moslems an (4,6 Prozent). Erstaunlich ist, dass Rais als ehemaliger Vorsitzender der Massenorganisation Muhammadiyah mit ca. 30 Millionen Mitgliedern nicht deutlich mehr Stimmen aus diesem Reservoir schöpfen kann. Vor dem Hintergrund der offensichtlich geringen Attraktivität der Partei für breitere Bevölkerungsschichten ist der Stammwähleranteil von 47 Prozent nicht besonders eindrucksvoll. Kritisch wirken ebenfalls die hohen Anteile von jeweils 19,8 Prozent Wechselwählern und Unentschiedenen unter denen, die die Partei 1999 gewählt haben.

■ Ausblick

Zweifellos wird die indonesische Innenpolitik in den Monaten bis zum Wahltag noch von vielfältigen anderen, neuen Faktoren bestimmt, die ihren Einfluss auf das Wahlergebnis des 5. April 2004 nehmen werden. Insofern können demoskopische Daten von heute nur eine Momentaufnahme sein. Gleichwohl sind einige Auffälligkeiten an diesen und den Ergebnissen anderer Umfragen sowie anhand von Beobachtungen der politische Szene unbestreitbar:

- Seit dem Beginn der *Reformasi* konnten die erreichten politischen Reformen das Vertrauen vie-

ler Indonesier in die Institutionen des demokratischen politischen Systems weder rechtfertigen noch gar erhöhen. Wie in anderen Transformationsländern auch sahen sich diese Institutionen einem hohen Erwartungsdruck der Bevölkerung gegenüber, dem sie und ihre Leistungen im Wesentlichen nicht standgehalten haben. Die Bevölkerung reagiert darauf mit Enttäuschung und – noch bedenklicher: Gleichgültigkeit – gegenüber zentralen, die Zukunft der Gesellschaft betreffenden Fragen.

- Die politische Elite verweigert sich der Erneuerung durch Verjüngung oder Öffnung für andere als die bisher dominierenden Gruppen. Dies dokumentiert sich in einer drastisch eingeschränkten Zahl von Auswahlmöglichkeiten an Führungspersönlichkeiten für wichtige politische Ämter. Die Auswahlmechanismen für den politischen Nachwuchs in den etablierten Parteien und über das Wahlsystem tragen starke undemokratische Züge, die es tendenziell unattraktiv für kompetente junge Menschen z.B. aus zivilgesellschaftlichen Organisationen machen, sich in politischen Parteien zu engagieren. Diese werden, bestätigt durch die praktischen Beispiele aus der Tagespolitik, im Wesentlichen auch weiterhin nur als Mittel zur Durchsetzung von Partikularinteressen angesehen und auf absehbare Zeit wohl kaum eine ernsthafte Rolle im politischen Reformprozess spielen.
- Der Kern für einen wirklichen Fortschritt echter politischer Reformen im indonesischen Archipel bleibt der Auf- und Ausbau des Rechtsstaats mit entsprechenden, funktionierenden Institutionen. Die durch die Vierte Verfassungsänderung von 2002 vorgeschriebene Einrichtung eines Verfassungsgerichts bis zum 17. August 2003 ist theoretisch ein guter Ansatzpunkt für dieses Jahrhundertvorhaben, reicht aber allein nicht aus, um die strukturellen, institutionellen und materiellrechtlichen Probleme des indonesischen Rechtssystems in seiner derzeitigen Form zu lösen.
- Darüber hinaus fehlt es an einer unabhängigen, von allen gesellschaftlichen Gruppen anerkannten Institution bzw. Persönlichkeit, die in der Lage wäre, einen umfassenden Prozess der Neu-

definition ethischer Normen in der Gesellschaft zu inspirieren. Die politische Elite, Bürokratie und Armee haben ihre Chance dazu seit langem verspielt. Übrig bleiben nur die Institutionen der Wissenschaft und der Religionen – Quellen, von denen bezeichnenderweise die Mehrheit der Indonesier sich wünscht, dass die politischen Führungspersönlichkeiten der nächsten Generation aus ihnen hervorgehen mögen.

- Personenorientierte Überlegungen allein verengen aber den Blick auf zentrale indonesische Probleme: das Präsidialsystem des Landes gehört dazu. Es offenbart seine Schwächen v.a. dann, wenn das Staatsoberhaupt nicht nur eigene Defizite im persönlichen und politischen Bereich aufweist, sondern diese zudem auch nicht durch eine kompetente und effektive Bürokratie kompensiert werden können. Bedauerlicherweise wird die indonesische Verfassung von 1945 im Kontext ihrer Geschichte von vielen im Land als nahezu sakrosanktes Dokument angesehen. Die Vorstellung einer sich im Laufe der Geschichte dynamisch weiterentwickelnden Charta ist großen Teilen der politischen Elite, aber auch der Zivilgesellschaft völlig fremd. Dadurch wird eine effektive Reform verhindert. In diesen Zusammenhang aber gehört u.a. eine Debatte, ob Indonesien in einer anderen als der gegenwärtigen Staatsform, z.B. in einer echten föderalen Struktur, nicht bessere Zukunftschancen haben würde.

„Die Durchschnittsindonesier haben in der Periode der Unabhängigkeit andauernd gelitten.“²¹⁾ Die Ursprünge ihrer heutigen Probleme liegen durchaus nicht alle in der Herrschaft des Diktators Soeharto begründet, sondern datieren zum Teil schon aus der Ära des Staatsgründers Soekarno. Ungeachtet ihres Leidens in der „Neuen Ordnung“ bis 1998 haben die Indonesier zur Jahreswende 2002/2003 aus Anlass der in Ost- und Südostasien grassierenden Lungenerkrankung SARS dem Akronym eine ganz eigene, politisch hintersinnige Bedeutung gegeben: „Saya Amat Rindu Soeharto“ – Ich vermisse Soeharto sehr. Es bleibt zu hoffen, dass aus diesem Wortspiel keine populäre Sehnsucht wird.

21) Nirwan Idrus, *Indonesia: A Blueprint for Strategic Survival*, Jakarta 2003, S. 32.